

## Kurz & bündig

### Studiengebühren rechtens?

Um den Grundsatz der Gebührenfreiheit des Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss geht es am 9. November bei einer Anhörung des Bundesverfassungsgerichts zum Hochschulrahmengesetz. Sechs unionsgeführte Länder klagen gegen die entsprechende Gesetzesänderung aus dem Jahr 2002. Außer ihren Vertretern, denen der Bundesregierung und der Studierenden sind auch alle anderen zu dem Termin um 10 Uhr eingeladen: Es ist Tag der offenen Tür bei dem Karlsruher Gericht. Anmeldung erforderlich.

### Hilfskräfte demonstrieren

Zu Aktionen gegen Lohnkürzung in fünf Bundesländern und für eine tarifvertragliche Absicherung von Hilfskräften rufen der ASten-Dachverband fzs und die studentische Tarifvertragsinitiative auf. Ihre Forderungen wollen Hilfskräfte aus der ganzen Republik am Donnerstag, dem 2. Dezember, am Rande einer Sitzung der Länderfinanzminister in Berlin bekräftigen.

### Neues LASS-Sprecherteam

Die neuen Sprecher des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten (LASS) der GEW Hessen heißen Carmen Ludwig (Soziologiestudentin, Gießen) Falko Rumpf (Lehramt, Frankfurt) und Sascha Willenbacher (Theaterwissenschaft, Gießen). Sie wurden am 12. Juli 2004 in Frankfurt gewählt. Sie kündigten an, dass sich die GEW-Studierenden weiterhin gegen jede Form von Studiengebühren, für die Rechte der Studierendenvertretungen und für einen studentischen Tarifvertrag engagieren wollen.

### Lehrerbildungsgesetz

Mit Informationsveranstaltungen an allen hessischen Universitäten will die GEW im Wintersemester über die Neueregulungen in der LehrerInnenbildung informieren. Der erste Termin ist der 22. November an der TU Darmstadt. Weiteren Termine werden auf Aushängen und im Internet bekannt gegeben. <http://www.gew-hessen.de>

### GEW-Studigruppe Frankfurt

Die GEW-Studierendengruppe der Goethe-Universität Frankfurt hat seit Juli eine eigene Homepage: <http://www.gew-uniffm.de>

## Neues Hochschulgesetz: ASten vor dem verordneten Bankrott

*Auf heftige Kritik nicht nur im Landtag stieß der von der CDU-Landesregierung eingebrachte Gesetzesentwurf zur Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG). Er entmachtet mit Senaten, ASten und Personalräten die bisherigen Entscheidungs- und Kontrollgremien der Hochschulen. Die neuen Regeln bringen auch den Service der ASten von der Rechtsberatung bis zum Semesterticket in Gefahr.*

Es geht ans Eingemachte: Über die Satzung der Studierendenvertretung soll künftig eine einfache Mehrheit des von ProfessorInnen dominierten Hochschul-Senats entscheiden. Zudem sollen die ASten bei einer Wahlbeteiligung unter 25 Prozent drei Viertel ihres Budgets verlieren. Übertrüge man das Modell auf das Land, dürfte die Landesregierung Steuern nur erheben, wenn genug Wahlberechtigte wählen gingen. Die Wahlbeteiligung würde sinken und die Landesregierung wäre handlungsunfähig. Die hochschulpolitische Sprecherin der CDU im Landtag erwartet an den Hochschulen einen anderen Effekt: „Das fördert die Motivation der Studenten, sich für ihre Hochschule einzusetzen“, so Eva Kühne-Hörmann bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes. Ihre FDP-Kollegin Nicola Beer forderte dagegen: „Wenn die CDU-Landesregierung die Studentenparlamente abschaffen will, so soll sie das direkt sagen, anstatt durch die Hintertür der Wahlbeteiligung den Garaus zu machen.“ Auch die StudentenvvertreterInnen vermuten eine solche Absicht: „Wir denken, dass damit dem Protest gegen Erststudiumsgebühren der Boden entzogen werden soll“, so Ortrun Brand, Präsidentin des Marburger Studierendenparlaments. Angesichts der geplanten Etat-Kürzungen sehe sie

auch „nicht, wie wir das Semesterticket noch verwalten sollen“. „Wenn die Landesregierung ein ernsthaftes Interesse hätte, studentisches Engagement zu unterstützen“, sagt auch Alexander Wagner vom AStA der Uni Frankfurt, „würde sie die geplanten Regelungen samt und sonders fallen lassen“.

(Mehr zur HHG-Novelle: Seite 3)

## NICHT UNSEREN AStA!



Plakativ warnte der AStA der Uni Kassel schon 2003 vor der Absicht des CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch, die ASten zu zerschlagen. Nun ist es soweit.

### "Demokratieabbaugesetz"

Als „Maulkorb für Kritiker und Demokratieabbaugesetz“ bewertet Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen, den Gesetzesentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes. „Wer die Hochschulleitungen stärken will, darf nicht gleichzeitig sämtliche Kontrollgremien demontieren“, kommentierte Nagel, die Pläne, die Kompetenzen und Arbeitsmöglichkeiten von Senaten, Studierendenvertretungen und Personalräten an den Hochschulen stark einzuschränken. Als durchsichtiges

Manöver kritisiert die GEW den Angriff der Landesregierung auf die ASten. So sollen die ASten bei schlechter Wahlbeteiligung drei Viertel ihres Budgets verlieren. „Wenn der Landesregierung die Wahlbeteiligung so am Herzen liegt, dann stellt sich die Frage, warum sie die Industrie- und Handelskammern nicht genauso behandelt – diese sind juristisch ähnlich gestrickt und werden oft mit einer ähnlichen Wahlbeteiligungen gewählt wie die ASten“, sagte Jochen Nagel.

## Kurz & bündig

### Studis müssen jobben

Laut der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks stellt das BAföG zur Zeit nur für ein Prozent der Studierenden eine umfassende Studienfinanzierung dar. Mehr als zwei Drittel der Studierenden müssen neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen gibt an, dass ohne Erwerbstätigkeit ihr Lebensunterhalt während des Studiums nicht gesichert sei. Der 17. Bericht zur sozialen Lage der Studierenden ist unter [www.sozialerhebung.de](http://www.sozialerhebung.de) zu finden. Die Sozialerhebung wird alle drei Jahre durch das Bildungsministerium und das Deutsche Studentenwerk durchgeführt.

### GEW rügt Rektoren

Zur Forderung der Hochschulrektorenkonferenz nach Studiengebühren sagte Eva-Maria Stange, Vorsitzende der GEW, die Rektoren seien gut beraten, erst einmal ihre Hausaufgaben zu machen. „Die Lehrbedingungen an vielen Hochschulen sind so schlecht, dass man – selbst wenn man wollte – dafür keine Gebühren verlangen kann. Veranstaltungen mit hunderten Studierenden, mangelhafte Betreuung von Examensarbeiten, Zugangsbeschränkungen für Seminare oder materiell schlecht ausgestattete Studienplätze in den Naturwissenschaften: Da kommt eine Prozesslawine auf die Hochschulen zu, wenn die Studierenden für ihr Eintrittsgeld keine entsprechende Gegenleistung erhalten“, warnte Stange. Gebühren seien das ungerechteste Finanzierungsmodell öffentlicher Daseinsfürsorge, zu der auch die Ausbildung junger Menschen zählt, unterstrich die GEW-Chefin.

## Studiengebühren in Hessen: 11.000 brechen Studium ab

Der erste Praxistest für das Studienguthabengesetz (StuGuG) der hessischen Landesregierung im Sommersemester 2004 ergibt sinkende Studierendenzahlen, überforderte Hochschulverwaltungen, verunsicherte Studierende und einen zufriedenen Minister.

Nach der Einführung von Langzeitstudiengebühren in Hessen stieg die Zahl der Exmatrikulationen nach Zahlen des Wissenschaftsministeriums im Sommersemester um rund 17.000 oder das 2,2-fache gegenüber dem Durchschnitt der vergangenen drei Jahre. 2000 Studierende wechselten in ein anderes Bundesland und 11.000 brachen ihr Studium ab. Das Gesetz habe das Ziel erreicht, kommentierte Minister Udo Corts (CDU): „Diejenigen, die nur zum Schein eingeschrieben waren, verlassen jetzt die Hochschulen.“ Als zynisch bezeichnete es dagegen Tjark Sauer, Sachbearbeiter im Giessener AStA, 17.000 exmatrikulierter Studierende als Erfolg zu verkaufen. Wöchentlich berät er 15-20 Studierende, viele von ihnen Eltern, die oft verzweifelt versuchten, trotz der drastischen Wirkungen von Studiengebühren ihr Studium abzuschließen. Die Landes-ASten-Konferenz zeigte sich erschüttert über die Folgen aber auch über die Umsetzung des Gesetzes. Die verbliebenen Studierenden seien durch massenhaft verspätete und falsche Gebührenbescheide massiv verunsichert. Die Studierendensekretariate seien überarbeitet, es herrschten Chaos, Überstunden und Krankheit, erzählen die Studierendenvertreter. Der Zahlungsbescheid über insgesamt 1200 Euro flatterte vielen Studierenden erst Ende September, unmittelbar

vor Semesterbeginn, ins Haus. Die betroffenen Studierenden stehen den Gebührenforderungen der Hochschulen oftmals hilflos gegenüber. Es bleibt ihnen meist nur die Möglichkeit eines Widerspruchs ohne aufschiebende Wirkung, obwohl auch den Hochschulverwaltungen bewusst ist, dass die Gebührenbescheide oftmals fehlerhaft sind. So verschickten die Uni Marburg und die Uni Frankfurt im Sommersemester mehrere Hundert Gebührenbescheide, in denen die Übergangs- und Ausnahmeregelungen nicht ausreichend berücksichtigt waren. Andere Hochschulen sind mit den Bescheiden dermaßen im Verzug, dass Studierende bestimmte Übergangsregelungen, die nur im Sommersemester gelten, nicht nutzen können. Viele konnten sich nicht rechtzeitig zurückmelden und konnten ihr Semesterticket nicht nutzen. Die Universität Gießen führte deshalb Übergangstickets für Studierende ein, deren Gebührenpflicht noch nicht geklärt war. Alle Studierenden sollten ihre Bescheide genauestens überprüfen und gegebenenfalls Widerspruch einlegen. Unterstützung erhalten die Betroffenen dabei von den Studienguthabenberatungen der Hessischen ASten. Diese unterstützen auch nötige rechtliche Schritte. GEW-Mitglieder profitieren zudem vom gewerkschaftlichen Rechtsschutz.

### Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Elina Stock, Falko Rumpf, Jonas Baumann (Layout), Matthias Freiling, Sascha Willenbacher und Tjark Sauer.

Bilder: AStA Kassel, AStA Gießen, Jonas Baumann.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 10.000.

V.i.s.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.



Studieren sie noch oder sind sie schon exmatrikuliert? Studierendenprotest gegen das StuGuG am 18. November 2003 in Wiesbaden.

## Hessen plant Bezahlstudium und weniger Demokratie

*Ein Entdemokratisierungs- und Demotivationsgesetz nennt die SPD im Landtag das von der Landesregierung eingebrachte neue Hochschulgesetz. Es entmachtet u.a. den Senat, führt Aufnahmeprüfungen und neue Bezahlstudiengänge ein und erschwert die Abwahl des Präsidenten.*

Mit der Novellierung des HHG will die hessische CDU-Landesregierung Befugnisse des Präsidiums stärken. So soll der Senat in Zukunft nicht mehr über die Einführung und Aufhebung von Studiengängen oder über die Entwicklungsplanung der Hochschule mitentscheiden. Das Gremium, in dem alle Gruppen einer Hochschule vertreten sind, soll nur noch Stellungnahmen abgeben dürfen. „In Zukunft kann ein Präsident nach seiner Wahl die Meinung des Senates sowie der Studierenden und Beschäftigten der Hochschule fast vollständig ignorieren“, kommentiert Andreas Staets, Hochschulsekretär der GEW Hessen, die weitere Verschärfung des Gesetzent-

wurfs. Neben seiner Kernkompetenz, der Entwicklungsplanung, schlägt die Regierung dem Senat seine letzte Kontrollmöglichkeit aus der Hand: Eine Abwahl des Präsidenten soll künftig nur noch mit der Zustimmung des Hochschulrates möglich sein.

Für Graduiertenstudiengänge „mit besonderem Betreuungsaufwand“ sollen die Hochschulen künftig eine „Gebühr für die Mehrkosten“ erheben dürfen. Diese „Premiumstudiengänge“ sind nach Ansicht der Landesregierung „insbesondere für ausländische und solche Bewerberinnen und Bewerber von Interesse, die ein qualitativ hochwertiges Studienangebot wahrnehmen und es zügig abschließen wollen.“ Das

treffe wohl auf die meisten Studierenden zu, kommentiert die GEW-Hessen diese Begründung: „Gebührenpflichtige ‚Premium‘-Studiengänge sind nicht mehr und nicht weniger als ein weiterer Schritt hin zu allgemeinen Studiengebühren.“

Auch die ASten lehnen die neuen Bezahl-Studiengänge und die geplanten Eignungstests im ersten und zweiten Semester ab. Es sei absurd anzunehmen, in den ersten beiden Semestern irgend etwas über die Eignung eines Studierenden für ein bestimmtes Fach auszusagen zu können, erklärte Alexander Wagner vom AStA der Frankfurter Uni: „Statt Elitestudiengängen und einem höheren Prüfungsaufkommen brauchen wir bessere Lern- und Lehrbedingungen für alle Studierende an Hessens Hochschulen. Der vorliegende Gesetzesentwurf geht in eine diametral entgegengesetzte Richtung.“ Zum Gesetzesentwurf wird es voraussichtlich Anfang November eine parlamentarische Anhörung geben. Beschlossen werden soll darüber spätestens Mitte Dezember.

## "Auf dem Ohr ist er taub"

*Was die Pläne der Landesregierung für die hessischen Studierenden bedeuten, wollten wir von zwei Marburger Studentinnen wissen. Sabine Klomfaß ist Vorsitzende des Marburger AStA, Ortrun Brand die Präsidentin des Studierendenparlaments. Sie gehörte zudem zu den Studierenden, die im Frühjahr mit dem RMV über die Zukunft des Semestertickets verhandelten.*

*Mit einer Wahlbeteiligung von 22 Prozent liegt ihr in Marburg an der Spitze der hessischen Hochschulen. Die Landesregierung sagt, sie wolle die studentische Wahlbeteiligung noch erhöhen, was habt Ihr dagegen?*

[sk] Nichts. Eine hohe Wahlbeteiligung finden wir gut. Allerdings sind wir überzeugt, dass die Wahlbeteiligung nicht dadurch erhöht wird, dass man einen Anreiz setzt, nicht wählen zu gehen. Die Pläne der Landesregierung, die Gelder der Studierendenschaft an die Wahlbeteiligung zu knüpfen, sind deshalb schlichtweg Unsinn und spotten jedem Demokratieverständnis. Die Wahlbeteiligung könnte man anders erhöhen: Mit der Einführung elektronischer Wahlen auf der organisatorischen Seite und mit der Erweiterung der Kompetenzen der Studierendenschaft auf der politisch-inhaltlichen Seite. Das haben wir Herrn [Wissenschaftsminister Udo] Corts auch schon gesagt – aber auf dem Ohr ist er taub.

*Was bedeutet es konkret für Studierende, wenn der AStA weniger Geld hat?*

[sk] Den meisten ist gar nicht klar, dass sie je nach Hochschule nur so zwischen

7 und 10 Euro pro Semester als Beitrag für die Studierendenschaft zahlen. Damit werden studentische Aktivitäten und Initiativen, die Orientierungseinheiten, die Fachschaften, die Sozial- und Rechtsberatung und vieles mehr finanziert. Der größte Teil der Gelder sind feste Kosten für die Infrastruktur, z.B. die Gehälter für Sekretärinnen. Wird so gekürzt, wie es nach Corts Plänen fast überall zu erwarten wäre, müssten wir die Computer und Stühle verkaufen, dann die Sekretärinnen entlassen, die Interessensvertretung in den Wind schießen und die Türen zu ASten und Fachschaften fest zuschießen – dann wäre die Studierendenschaft als selbstorganisierte und selbstbestimmte Institution am Ende.

*Die Landesregierung sagt, das Semesterticket solle trotz der Geldkappung erhalten bleiben. Ist das möglich?*

[ob] Theoretisch ja, denn das Geld für das Semesterticket ist ein eigener Beitrag. Praktisch ist das jedoch nicht möglich. Denn das Semesterticket funktioniert nicht einfach so. Immerhin geht es um mehrere Millionen Euro im Jahr, die geprüft und korrekt an den RMV weitergegeben werden



Das HHG als Maulkorb für Kritiker?

müssen. Ohne die Rückerstattung bei sozialen Härtefällen, bei Auslandsaufenthalt oder bei Praktikum ist das Solidarmodell zudem rechtlich nicht möglich. Und diese Rückerstattung, das Prüfen der Anträge, Geld auszahlen etc., dafür sind Leute eingestellt, das zahlen die ASten. Und wenn deren Infrastruktur zertrümmert wird – dann sehe ich nicht, wie wir das Ticket noch verwalten und damit überhaupt ermöglichen sollten. Das Semesterticket lässt sich nicht aus einer Portokasse verwalten.

*Seht Ihr die Schwächung der ASten auch als einen Schritt, sich lästige Gegner vom Hals zu schaffen?*

[ob] Die Proteste im vergangenen Herbst haben gezeigt, dass die Studierendenschaften mobilisierungsfähig sind – und das insbesondere in Hessen, wo in Marburg, Frankfurt und Gießen der Stein ins Rollen gebracht wurde. Ohne die Verfasste Studierendenschaft und ihre Infrastruktur wären hier in Marburg viele Aktionen nicht möglich gewesen. Natürlich sind die Studierendenschaften damit „lästige Lautmacher“ für die Landesregierung.



Kommentar zum Lehrerbildungsgesetz:

## Alles besser durch mehr Prüfungen?

Der Landtag berät derzeit über ein von der CDU-Landesregierung eingebrachtes neues Lehrerbildungsgesetz (Siehe GEW-Hochschulzeitung Mai 2004). Der Frankfurter Lehramtsstudent Falko Rumpf, einer der Landesstudierenden-sprecher der GEW Hessen, kommentiert die geplanten Änderungen.

Ein neues Lehrerbildungsgesetz? Das klingt erst mal nach einem lobenswerten Unterfangen. Die Lehrerbildung ist schlecht. Das hat zuletzt an der Frankfurter Universität ein achtköpfiges Expertengremium bei einer internen Evaluation nachgewiesen. Das Gesetz jedoch wird an der schlecht umgesetzten universitären Mängelverwaltung nichts ändern. Es pflöpft neue, kaum kompatible Bestandteile auf ein nicht funktionierendes System. Statt die Betreuung der bisherigen Praktika sicherzustellen, schreibt das Gesetz zwei zusätzliche vor. Vor allem scheint die Landesregierung zu glauben, eine bessere LehrerInnenbildung

sei durch mehr Prüfungen zu erreichen. Angesichts weiterer Vorschriften und Hürden durch das Gesetz müsste konsequenterweise die Regelstudienzeit angehoben oder das Studium entrümpelt werden. Statt dessen sollen die Studierenden die Zwischenprüfung nun innerhalb einer Frist ablegen.

Das Land muss endlich für eine ausreichende Ausstattung der Lehrerbildung sorgen und darauf hinwirken, dass die Fachbereiche durch entsprechende Berufungen und Veranstaltungen genug Lehrerbildung betreiben. Sonst wird das neue Gesetz nur bewirken, dass die Unis immer mehr miserabel ausgebildete LehrerInnen produzieren.



Falko Rumpf

## Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Broschüren abgreifen (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW Ansprechpartner helfen gerne weiter.

### Marburg

Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Tel: 06421/95 23 95, Fax: 06421/95 23 96, Mail: [wiss@hessen.gew.de](mailto:wiss@hessen.gew.de)

### Kassel

Hans-Georg Klindt, GEW Nordhessen, Friedrich-Engels-Straße 26, 34117 Kassel, Tel: 0561/77 17 83, Fax: 0561/77 62 83, Mail: [Hans-Georg.Klindt@gew-nordhessen.de](mailto:Hans-Georg.Klindt@gew-nordhessen.de)

### Frankfurt

GEW Studierendengruppe: c/o Barbara Huster, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069/97 12 93 93, Web: <http://www.gew-uniffm.de>

### Gießen

Sibylle Hartzheim, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27, 35394 Gießen, Fax: 0641/47 113, Mail: [sibylle.hartzheim@epost.de](mailto:sibylle.hartzheim@epost.de)

## Studieren mit der GEW: Seminare im WS 04/05

Einen Tag oder ein Wochenende mit Studierenden anderer Hochschulen Erfahrungen austauschen, lernen, diskutieren und ein Thema voranbringen: dafür gibt's die Studierendenseminare der GEW Hessen. Im Wintersemester stehen Angebote für studentische Hilfskräfte und für hochschulpolitisch Interessierte auf dem Programm.

### Traumjob Hilfskraft? Perspektiven für studentische Beschäftigte.

12.-14. November in Oberursel bei Frankfurt, 10 Euro Kostenbeitrag

Ein Hiwi-Job hat Vorteile: Man bekommt Einblick in Forschung und Lehre, einen Einstieg ins Berufsleben und Geld. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Am Wochenende geht es um die Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften: Was ist gut und was könnte besser sein, was für Ansprüche habe ich und wie ist die Situation in anderen Bundesländern? Neben Erfahrungsaustausch gibt es Diskussionen, Berichte und die Möglichkeit, Hilfskräfte anderer Hochschulen kennen zu lernen.

### Als Student/in in der Gewerkschaft?! Perspektiven der GEW Studierendearbeit

12.-14. November in Oberursel bei Frankfurt, 10 Euro Kostenbeitrag

Fünf Jahre CDU-Regierung in Hessen sind an den Hochschulen nicht ohne Wirkung geblieben. Weniger Geld, weniger Demokratie und verschärfter Druck durch Langzeitstudiengebühren kennzeichnen Hochschulen und Studienbedingungen. Kann man dieser Politik in und mit den Gewerkschaften wirksamer entgegenreten?

### Für eine gebührenfreie Hochschule! Ein argumentatives Rhetorikseminar

Samstag, 29. Januar 2005, 10 - 17.30 Uhr in Marburg

Gebühren für „Langzeitstudierende“ gibt es in Hessen seit fast einem Jahr. Ihre Folgen sind noch nicht erforscht. Doch immer mehr Politiker fordern Studiengebühren ab dem ersten Semester. Wer diese verhindern will, darf sich nicht allein auf die Hessische Verfassung verlassen.

Die Veranstaltung vermittelt einen Überblick über die Studiengebührendebatte und ihre Akteure. Neben Hinweisen zu wirksamen Redebeiträgen gibt es praktische Übungen.

### Anmeldung

Seminarübersicht mit Anmeldeöglichkeit bitte anfordern über [info@hessen.gew.de](mailto:info@hessen.gew.de) oder herunterladen: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Mein Arbeitsplatz > Hochschule